

KAB startet die Bürgerbeteiligung

Leiter der Servicestelle Bürgerbeteiligung: „Jetzt geht es darum, die Bevölkerung zu hören.“



Dialogische Bürgerbeteiligung zum Biosphärengebiet Oberschwaben startet

(Stuttgart) – Die Kommunale Arbeitsgemeinschaft Biosphärengebiet (KAB) möchte in der letzten Phase des Prüfprozesses für ein Biosphärengebiet Oberschwaben eine Dialogische Bürgerbeteiligung durchführen. Die Servicestelle Dialogische Bürgerbeteiligung Baden-Württemberg setzt diese um. Der KAB-Vorsitzende Timo Egger, Bürgermeister von Fleischwangen, sagt: „Damit schließen wir die noch offene Lücke im Prozess. Wir hören die Einschätzung der Menschen aus der Region, ob ein Biosphärengebiet sinnvolle regionale Entwicklungsmöglichkeiten für Oberschwaben bietet.“

Die Dialogische Bürgerbeteiligung zum Biosphärengebiet Oberschwaben startet nun. Zweck der Dialogischen Bürgerbeteiligung ist es, die anstehenden Entscheidungen in den Gemeinderäten gut vorzubereiten.

„Die Positionen zum Biosphärengebiet Oberschwaben sind formuliert. Die Rahmenbedingungen wurden in den letzten Jahren geklärt. Wichtige Akteure in der Region haben sich dazu geäußert. Jetzt geht es darum, die Bevölkerung zu hören.“ sagt Ulrich Arndt, der Leiter der Servicestelle Bürgerbeteiligung.

Die Beteiligung wird das mehrstufige Vorgehen eines *Baden-Württemberger Bürgerforums* durchlaufen. Es ist aus vielen Orten bekannt. Auch auf Landesebene gab es entsprechende Abläufe, so z.B. bei den Debatten um G8/G9 oder zum Landesnichtraucherschutzgesetz. Die Bürgerbeteiligung startet immer mit einer *Dialogischen Themensammlung* (auch Beteiligungsscoping genannt). Dabei sind alle Interessenvertreter eingeladen, ihre Positionen einzubringen. „Alles auf den Tisch“, lautet die Vorgabe. Im zweiten Schritt erweitert die Servicestelle Bürgerbeteiligung diese Sammlung *online*. Dann können sich alle Menschen in der Region auf dem Beteiligungsportal des Landes einbringen. Im dritten Schritt sortieren rund 60 zufällig ausgeloste Teilnehmende die vorgebrachten Argumente, Bedürfnisse und Konflikte. Das ist das *Bürgerforum*. Dabei geht es um die Gewichtung und Bewertung der bekannten Argumente aus Bürgersicht. Die Stellungnahme des Bürgerforums dient den Gemeinderäten,

ihre Entscheidung vorzubereiten. Es ist eine Hilfe für die Abwägung von Chancen und Risiken eines Biosphärengebietes in Oberschwaben. Die Gemeinderäte jeder Kommune im Suchraum entscheiden dann abschließend.



Ulrich Arndt dazu: „Wichtig ist, dass die Teilnehmenden des Bürgerforums sich mit allen Ansichten auseinandersetzen. Weder ein Ministerium, noch die Bürgermeister, eine Akteursgruppe oder die Servicestelle Bürgerbeteiligung bestimmen, worüber gesprochen wird. Vielmehr werden die Argumente gemeinsam gesammelt – bei der Dialogischen Themensammlung und der Online-Beteiligung.“

Die Dialogische Themensammlung startet noch dieses Jahr. Die Bevölkerung der Kommunen, die bereits Ausstiegsbeschlüsse gefasst haben, wird nicht mehr beteiligt. Die Stellungnahmen des Bürgerforums sollen im Frühjahr 2026 vorliegen.

INFO 1: Was ist Dialogische Bürgerbeteiligung?

Dialogische Bürgerbeteiligung unterscheidet sich von Direkter Demokratie und Öffentlichkeitsbeteiligung. Bei der *Direkten Demokratie* entscheiden die Stimmbürgerinnen und -bürger selbst. Es müssen konkrete gesetzliche Voraussetzungen erfüllt sein, unter anderem ein Quorum an zertifizierten Unterschriften. Nachteil der Direkten Demokratie ist, dass es nur ein Ja oder Nein geben kann. Bei Abwägungen bringt das wenig. Ein Abstimmungskampf spitzt zu, polemisiert manchmal. Bei der *Öffentlichkeitsbeteiligung* wiederum geht es im Kern um eine formalisierte Anhörung in einem Verwaltungsverfahren. Dabei spielen nur rechtlich relevante Argumente eine Rolle. Das führt dazu, dass oft sachfremde, aber rechtlich bekannte Argumente, vorgetragen werden. Das führt z.B. zu einer Überbetonung des Artenschutzes. Auch wenn es den Menschen weniger um Artenschutz als vielmehr um die Verhinderung des Vorhabens geht. Es wäre effizienter, über diese Motive zu sprechen, statt Zeit mit langen artenschutzrechtlichen Gutachten zu verlieren. *Dialogische Bürgerbeteiligung* rückt die Bedürfnisse und Argumente in den Vordergrund. Sie ermöglicht eine Bearbeitung von Konflikten auf der Sachebene. Dabei ist sie immer informell und unbürokratisch. Ihre Ergebnisse sind Empfehlungen, die der repräsentativen Demokratie dienen.

INFO 2: Wie kam es zur Dialogischen Bürgerbeteiligung?

Die Kommunale Arbeitsgemeinschaft Biosphärengebiet (KAB), der Zusammenschluss der Bürgermeister des potenziellen Gebiets, haben Ende Juli entschieden eine Bürgerbeteiligung durchzuführen. Sie haben die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung gebeten, eine dialogische Bürgerbeteiligung umzusetzen. Die Servicestelle Bürgerbeteiligung hat daraufhin das Verfahren vorbereitet. Am 31. Oktober 2025 stimmte die KAB dem vorgeschlagenen Verfahren und dem ausgewählten Moderationsbüro zu, welches das Bürgerforum moderieren wird. Die Kosten werden aus dem Etat der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung getragen. Die Staatsrätin hat daher formal die Servicestelle Bürgerbeteiligung beauftragt. Die Kommunen sind davon nicht belastet.



INFO 3: Wer ist die Servicestelle Dialogische Bürgerbeteiligung?

Die Servicestelle ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit angeschlossener Vergabestelle. Sie arbeitet gebührenfrei und nur für die öffentliche Hand. Also für Kommunen, Landes- und Bundesbehörden oder Zweckverbände. Die Servicestelle Bürgerbeteiligung hat keine inhaltlichen Interessen. Sie trägt aber die Verantwortung für die Dialogische Bürgerbeteiligung. Grundlage dafür ist das Landesgesetz über die Dialogische Bürgerbeteiligung vom 4. Februar 2021 (GABl. 2021, 118). Alle Informationen zum Verfahren finden sich auf der Website der Servicestelle Bürgerbeteiligung. Auch die Kosten sind genau aufgeschlüsselt. Die Unterseite zum Biosphärengebiet wird laufend ergänzt.

Weitere Informationen unter:

www.servicestelle-buergerbeteiligung.de

Kontakt:

Bei Fragen zum Beteiligungsprozess wenden Sie sich bitte an

M: servicestelle.buergerbeteiligung@sdb.bwl.de

T: +49 (0)711/2182165790